

# Umfahrung weiter strittig

Gemeinderat diskutiert Für und Wider, will aber vor Stellungnahme weitere Infos abwarten

Winterbach (miko).

Wahres Staunen hat die Prioritätenliste zum Generalverkehrsplan hervorgerufen, die vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) veröffentlicht worden ist. Die hatte eine Westumfahrung von Winterbach in den nächsten zehn Jahren für umsetzbar erklärt. In des stehen nicht alle Gemeinderäte der Umsetzung kritisch gegenüber.

Es bleibt eine immer wiederkehrende Diskussion: Ortsumfahrung – ja oder nein? Und so schien's in der dienstäglichen Gemeinderatssitzung gar so, als sei der eine oder andere Volksvertreter inzwischen durchaus genervt davon, immer wieder die gleichen Stellungnahmen verlauten zu lassen. Also sprach sich Helmut Waltl (BWV) dafür aus, die alten Beschlüsse so stehenzulassen. Allerdings gab's auch so einige, die eine erneute Besprechung der Umfahrung für durchaus nötig hielten – am liebsten gemeinsam mit den Winterbacher Bürgern und vor allem dann, wenn weitere und genauere Informationen bekannt sind.

Bisher ist schließlich nicht einmal sicher, in welchen Kurven die fragliche Straße Winterbach umfahren könnte. Mit dem alten Beschluss, der derzeit noch steht, zeigt sich die Gemeinde Winterbach nicht grundsätzlich abgeneigt geben eine westlich gelegene Umgehungsstraße, dies aber nur unter der Einhaltung von zweierlei Bedingungen: Zum einen soll auch der Ortsteil Engelberg umfahren werden und grundsätzlich müsse eine ausreichende Entfernung vom Ortsrand eingehalten werden. So hatte man sich damals verständigt (*wir berichteten*).

Allerdings: Gemeinderätin Heidemarie Vogel-Krüger (Grüne) hält alle Straßenvarianten für nicht erstrebenswert. „Alles wäre eine Katastrophe für Winterbach“,

positionierte sie sich. „Warum den Verkehr aus anderen Gemeinden anziehen?“ Ihre Sorge: Jede der Varianten würde enorme Lärmimmissionen produzieren, zudem müssten ökologisch wertvolle Gebiete für den Bau der Trasse zerschnitten werden. Außerdem habe man, wie es auch Bürgermeister Albrecht Ulrich ausdrückte, in Winterbach längst seine Hausaufgaben gemacht, um den Kern zu entlasten: Die Ostlandstraße verschaffe dem Ortskern Luft, die angestrebten Änderungen im Rahmen der Ortskernsanierung (Tempo 30 und zwei kleine Kreisel) würden den Flecken für Durchgangsverkehr weiterhin unattraktiv machen. Dennoch habe man ein vergleichsweise hohes Aufkommen an Ziel- und Quellverkehr, was bedeute, dass auch eine Westumfahrung nicht zwangsläufig zu weniger Verkehr im Ort führen würde. Auch Dr. Klaus-Dieter Gawatz (CDU) kritisierte den „riesen ökologischen Eingriff“, der mit dem Bau einer solcher Straße zusammenhänge, und zeigte sich verwundert darüber, dass gerade die grün-rote Landesregierung ein solches Thema aufs Tablett bringe.

## Breite Bürgerbeteiligung in der Meinungsfindung gewünscht

Herbert Liepsch (SPD) war's wichtig, die Bürger rechtzeitig und ausführlich in den Meinungsbildungsprozess einzubinden. Er regte gar an, die von Bürgermeister Albrecht Ulrich vorgeschlagene Beteiligung über ein Internetforum auf weitere Medien auszudehnen. So könnte es im besten Fall erreicht werden, dass sich 30 bis 40 Prozent der Winterbacherinnen und Winterbacher beteiligen könnten. „Eine Umfrage“, fügte er hinzu, „wäre mir am liebsten.“

Norbert Raisch überlegte, was passieren würde, wenn die Schurwaldsperrung für Lastwagen einmal aufgehoben würde. „Fahren dann alle Lkw durch den Ort?“ Rainer Bäßler hielt dagegen. Er, der selbst

viele Kilometer mit dem Lastwagen fährt, wusste, dass der gemeine Kraftfahrer allein wegen des höheren Verbrauchs von Sprit und Reifengummi den Umweg über Stuttgart gegenüber der Schurwaldquerung bevorzuge. Das dauere zwar zwei Minuten länger, koste aber weniger.

Bäßler hält im Übrigen die grundsätzlich ablehnende Haltung für falsch. Zunächst müsse man sich anhören, welche Ideen zur Umsetzung das Ministerium im Detail habe. Solange die mögliche Umgehung auch den Engelberg einschließe, müsse man offenbleiben. Und Jörg Ellwanger stimmte ihm zu. „Mir ist hier zu viel Negativstimmung im Raum.“ Man könne sich alles zunächst in Ruhe anhören. „Es gibt auch Chancen“, vermutete er. Schließlich gebe es oftmals tolle Ausgleichsmaßnahmen.

Das Fazit: Man will das am kommenden Montag stattfindende Gespräch mit Ministeriumsvertretern abwarten, um Genaueres zu erfahren. Nach der Sommerpause, einer Onlineumfrage auf der Winterbacher Website und eingehenden Diskussionen könnte dann im Herbst eine verbindliche Stellungnahme verfasst werden. Und nebenher möchte Bürgermeister Ulrich seine Hoffnung nicht aufgeben, die angedachten 12,5 Millionen Euro für die Umgehungsstraße in die Straßensanierung des Ortskerns umzuleiten.

## Was bisher geschah

■ Aus den **734 möglichen Maßnahmen** hat das Ministerium nun 104 isoliert, „von denen man sich vorstellen kann, dass sie in den nächsten Jahren umgesetzt werden“, erklärt Pressesprecherin Julia Pieper. Bis September läuft die Anhörungsphase, in der die betreffenden Gemeinden Stellungnahmen abgeben können.